

Pfälzische Volkszeitung

AKTUELL

Bereits über
700 Spender

SPENDEN BAROMETER



Seit Sonntag läuft die RHEINPFALZ-Weihnachts-spendenaktion zugunsten der Altenhilfe „Alt - arm - allein“ inzwischen. Bis Freitagmorgen hatten sich bereits 721 Spenderinnen und

Spender beteiligt. Das Spendenbarometer ist dadurch auf 61.706,85 Euro geklettert. | rhp SPENDENLISTE SEITE 2

Bundestagskandidatur: Doch nur ein CDU-Bewerber

Wenn es nach den vier CDU-Kreisverbänden im Wahlkreis 208 ginge, dann stünde ihr Bundestagskandidat bereits heute fest: Frank Burgdörfer (52), Politiker und Volkswirt aus dem nordpfälzischen Breunigweiler. Auf RHEINPFALZ-Anfrage bestätigt die Partei am Freitagmorgen, dass sie den Chef der Donnersberger Christdemokraten als „gemeinsamen Vorschlag“ ausserkoren habe – nächsten Mittwoch soll er auf dem Bremerhof dann von den Delegierten nominiert werden. „Wichtig ist, dass wir geschlossen in den Wahlkampf gehen“, betont Burgdörfer. Worte, die ganz danach klingen, als wollte die CDU ein Déjà-vu, einen ähnlichen Kampf wie 2021 vermeiden: Im und nach dem Duell um die Direktkandidatur soll es hinter den Kulissen alles andere als harmonisch zugegangen sein – durchgesetzt hatte sich damals Xaver Jung gegen Michael Littig.



Frank Burgdörfer FOTO: OHO

Nun also ist es Burgdörfer, der die CDU durch den gut zweimonatigen Wahlkampf führen soll. Über sich selbst sagt der Mann aus der VG Winnweiler, „Politik ist seit 25 Jahren mein Leben“. In Berlin führt er eine Agentur, die das politische System für jedermann anschaulich zu erklären versucht – seit 2004 ist er Mitglied bei den Christdemokraten, nach Jahren im Hintergrund wurde er vergangenen Dezember zum Vorsitzenden im Donnersbergkreis gewählt.

Noch am Dienstag hatte die Partei mitgeteilt, dass mehrere Namen aus dem kompletten Wahlkreis zu den Interessenten für das Bundestagsmandat gehörten. Laut Ursula Düll, der CDU-Chefin in Kaiserslautern, seien deren Überlegungen jedoch „im Sande verlaufen“. | ppp

SO ERREICHEN SIE UNS

Pfälzische Volkszeitung
Verlag
Pariser Str. 16
67655 Kaiserslautern

Abonnement-Service
Web: www.rheinpfalz.de/meinkonto
(Zustellreklamation, Urlaubs-service, Umzug)
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de
Telefon: 0631 3701 6640

Privatanzeigen
Web: www.rheinpfalz.de/anzeigen
E-Mail: kleinanzeigen@rheinpfalz.de
Telefon: 0631 3701 6650

Geschäftsanzeigen und Prospekte
Telefon: 0631 3701-6800
Fax: 0631 3701-6801
E-Mail: kaiserslautern@mediawerk-suedwest.de

Lokalredaktion
Telefon: 0631 3737-230/-231
Fax: 0631 3737-246
E-Mail: redkai@rheinpfalz.de

Wie halten Sie es mit dem Klima?

KLIMAWANDEL VOR DER HAUSTÜR: Wie stehen die Menschen in Deutschland zu den Themen Umweltschutz und Klimawandel? Was sagen sie zu den Maßnahmen der Politik? Das untersucht eine langfristig angelegte Studie, an der drei Universitäten beteiligt sind. Einer der Projektleiter lehrt an der Uni in Kaiserslautern.

VON ANDREAS SEBALD

Es ist keine bloße Momentaufnahme, die die Studie „Glen“ liefern soll, es ist ein auf zwölf Jahre angelegtes Projekt, in das die Antworten von bis zu 80.000 Befragten einfließen können.

So viele Menschen im ganzen Bundesgebiet haben in den vergangenen Wochen Post von den Projektverantwortlichen bekommen. „Das ist etwa jeder Tausendste“, sagt Henning Best, Soziologieprofessor an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (RPTU) in Kaiserslautern. Er ist einer von fünf Projektleitern der Studie, seine drei Kolleginnen lehren an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, der fünfte im Bunde ist Professor an der Uni Leipzig.



Henning Best FOTO: OHO

Die Wurzeln des Projekts reichen etwa fünf Jahre zurück, der offizielle Startschuss fiel im Frühjahr 2024. Gefördert wird die Studie zunächst für drei Jahre mit knapp sechs Millionen Euro. Über die gesamte Laufzeit von zwölf Jahren ist ein Volumen von rund 20 Millionen Euro vorgesehen. Das Geld kommt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Fragen zu Konsumverhalten und Mobilität

In dem Schreiben der Forscher werden die zufällig ausgewählten Menschen dazu aufgefordert, einen Fragebogen – bevorzugt online – auszufüllen. Erfragt werden dabei, grob gesprochen, Einstellungen zu Klimawandel und Umweltschutz sowie Ansichten zu den Mitteln, mit denen die Politik ökologische Themen angehen will. Einige Fragen zielen auf das Umweltverhalten ab,



Die Windpark auf der Sickinger Höhe bei Martinshöhe: Die Studie, an der Forschende der Uni in Kaiserslautern beteiligt sind, untersucht auch die Meinungen in der Bevölkerung zu Windrädern. FOTO: MOSCHEL

Stichworte Konsum und Mobilität, an anderen Stellen wird Zustimmung oder Ablehnung zu möglichen politischen Maßnahmen erfragt. Als Beispiele dafür nennt Best ein mögliches Tempolimit auf Autobahnen oder das so genannte Heizungsgesetz. Ebenfalls für die Forscher interessant ist das Protestverhalten der Bevölkerung, das sich in der Vergangenheit beispielsweise in der Bewegung „Fridays for Future“ oder aber in den Protesten der Bauern Anfang des Jahres gezeigt habe. Zudem soll untersucht werden, wie sich eventuelle Maßnahmen in Sachen Klimaschutz auf unterschiedliche soziale Schichten auswirken.

Nicht alle angeschriebenen Menschen werden bei der Studie mitmachen, Best und seine Kollegen rechnen

dennoch mit bis zu 20.000 Teilnehmenden. Manche Menschen befürchten, man wolle sie mit den Befragungen zu mehr Öko-Bewusstsein erziehen – ein Vorwurf, dem Best schon mehrfach begegnet ist. „Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen die Unterschiedlichkeit in Deutschland erfassen“, unterstreicht der Soziologie-Professor. Die Zusammenstellung des Fragebogens habe mehrere Monate in Anspruch genommen. Die Fragen sollten nicht nur leicht verständlich und eindeutig formuliert sein, sie sollten auch nicht suggestiv sein, erklärt Best: „Nur, wenn die Menschen sagen können, was sie wirklich denken, bekommen wir benutzbare Daten.“

Dass der Klimawandel und die damit verbundenen Veränderungen – der

Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit und schlussendlich Neutralität mit Blick auf den Ausstoß von Kohlendioxid – relevant sind, dafür gibt es für Best keine Zweifel. „Die zu erwartende gesellschaftliche Umwandlung steht der der Industriellen Revolution kaum nach“, sagt der Soziologe. Klimawandel und der spürbare Rückgang der Biodiversität seien „wichtige, politische Themen“, die das Leben der Menschen direkt betreffen und denen dazu noch eine gewisse hohe Dringlichkeit innewohne.

Dennoch sei es offenbar nicht so leicht, den Ausstoß von Treibhausgasen spürbar und schnell zu verringern. „Was beeinflusst Menschen, sich auf diesen rapiden sozialen Wandel einzu-

lassen“ – auch das sei eine Frage, an deren Antworten Best interessiert ist.

Erste Ergebnisse sollen 2025 vorliegen

Die Auswertung der Befragungsbögen sei sehr aufwändig, erste Ergebnisse werden für das kommende Jahr erwartet, sagt Best. Die Teilnehmer der Studie sollen halbjährlich befragt werden, damit auch mögliche Veränderungen in der Einstellung zu bestimmten Themen verfolgt werden können. „Wir wollen den sozialen Wandel wissenschaftlich begleiten“, sagt Best. Die Ergebnisse können dann in einem zweiten Schritt auch für politische Entscheidungsträger wichtig werden. „Wir möchten der Politik Daten anbieten können, aus denen hervorgeht, was die Menschen wollen.“

INFO

<https://glen-studie.de/>

ZUR PERSON

Henning Best, 1975 in Pirmasens geboren, hat an der Universität Köln in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften promoviert und an der Universität Mannheim in Soziologie habilitiert. Er lehrte ab 2014 ein Jahr an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, bevor er im September 2015 an die TU nach Kaiserslautern, heute RPTU, wechselte. Er ist Professor für Allgemeine Soziologie und Sozialstrukturanalyse; sein besonderes Forschungsinteresse liegt in der Umweltsociologie, speziell interessiert er sich für umweltbezogene Ungleichheiten in der Gesellschaft.

DIE SERIE

Klimawandel vor der Haustür

In unserer Serie wollen wir Menschen und Projekte vorstellen, die sich darum bemühen, dem Klimawandel – ganz konkret und vor der Haustür – entgegenzuwirken.

Fahrradstraße kommt trotz desolater Finanzlage

Grüne finden einen Weg: Durch Förderprogramm wird ein Gemeinwohl anerkannt, so dass die ADD die Ausgabe nicht ablehnen kann

VON GUNDULA ZILM

Die geplante Fahrradstraße in der Park- und Augustastraße wird umgesetzt, trotz der aussichtslosen Finanzlage der Stadt. Die Förderung des Projekts kommt aus dem Sonderprogramm „Stadt und Land“ zur Weiterentwicklung der Radinfrastruktur. Dadurch wird die Fahrradstraße wegen des Gemeinwohls als nötig erkannt. Es ist keine Prüfung der Aufsichtsbehörde ADD notwendig.

Vor gut fünf Jahren wurde die Idee einer Fahrradstraße als Lückenschluss zwischen Universität und Warmfreibad konkret. Die Führung durch Park- und Augustastraße stellte sich recht schnell als am geeignetsten heraus.

Mit der immer düster werdenden Finanzlage der Stadt drohte die Umsetzung jedoch in die Ferne zu rücken. Immerhin rund 712.000 Euro waren letztlich für die innerstädtische Fahrradstraße kalkuliert. 90 Prozent Förderung stand zwar in Aussicht, aber die Stadt muss noch einen Eigenanteil von gut 70.000 Euro aufbringen.

Derzeit gilt jedoch eine Haushalts-sperre. „Und 2025 werden wir sicher lange keinen genehmigten Haushalt haben“, so dass Ausgaben quasi unmöglich werden, meint Michael Kunte, Stadtratsmitglied der Grünen, der sich intensiv für das Projekt eingesetzt hat. Wegen des Eigenanteils müsse die Umsetzung also am besten dieses Jahr angestoßen werden. Denn über allem schwebt die Aufsichtsbehörde ADD, die beständig die Stadt zum Sparen ermahnt und jegliche unnötige Ausgabe verbietet: Die „dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune“ darf nicht gefährdet werden, auch nicht durch Investitionen, macht die ADD der Stadt immer wieder klar.

Die Förderung aus dem Programm „Stadt und Land“ wurde bewilligt: Den Bescheid über 640.000 Euro übergab der Staatssekretär in der vergangenen Woche an die Stadt.

Kunte arbeitete sich in die Materie ein, suchte nach Lösungen, damit die Stadt nicht am Eigenanteil scheitert – und fand sie: im Förderprogramm. Mit dem Sonderprogramm „Stadt und Land“ unterstützt der Bund als Klima-



Nach der Rüttschhofstraße soll in der Innenstadt die zweite Fahrradstraße entstehen. FOTO: BENJAMIN GINKEL

schutzmaßnahme bis 2030 Investitionen in den Ländern und Kommunen zur Weiterentwicklung des Radverkehrs vor Ort. Bei Zuweisungen für Investitionen in diesem Programm „handelt es sich um die Gewährung von Finanzhilfen nach Artikel 104 b Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Infolgedessen ist eine Prüfung der Aufsichtsbehörde (...), ob der Antragsteller den (...) Eigenanteil sowie die Folgekosten des Vorhabens ohne Gefahr für seine dauernde Leistungsfähigkeit tragen kann, entbehrlich“, heißt es in den Ergänzungen zu den rheinland-pfälzischen Verwaltungsvorschriften vom 26. Januar 2021. Und auch inhaltlich wird dort eine Begründung geliefert: Die Maßnahmen werden aus „dringenden Gründen des Gemeinwohls – insbesondere des Klimaschutzes – für notwendig erklärt“.

Der Investition in die Fahrradstraße stehe also „nichts im Wege“, weder die Haushaltssperre noch die aktuelle Haushaltslage, schloss Kunte. Im Gegenteil, argumentiert er: „Würden wir die Investition nicht tätigen, würden wir Gefahr laufen, die zeitlich befristeten hohen Fördermittel zu verlieren.“

Damit überzeugte er auch die anderen Fraktionen.

Das Baureferat setzte sich dafür ein, das Projekt trotz Haushaltssperre durchzusetzen. Schon vor mehreren Wochen habe der Tiefbaureferatsleiter einen Freigabeantrag für den Eigenanteil bei der Oberbürgermeisterin gestellt, bestätigt Baudezernent Manuel Steinbrenner (Grüne). „Und der wurde nun von ihr bewilligt.“ Neben dem Förderbescheid sei vor allem das geschlossene politische Signal für OB Beate Kimmel (SPD) ausschlaggebend gewesen.

Auf jeden Fall soll noch in diesem Jahr die Ausschreibung rausgehen, betont Steinbrenner – um noch mehr rechtliche Sicherheit zu haben. „Die Ausschreibung machen wir ja nicht zur Markterkundung, sondern mit dem Ziel einer vertraglichen Verpflichtung.“ Solche Ausgaben darf die Aufsichtsbehörde den Kommunen nämlich generell nicht verbieten. Mit der Bewerbung eines „Bieters, der geeignet ist und ein wirtschaftliches Angebot abgibt“, gelte schon diese vertragliche Verpflichtung, „denn der Bieter könnte sonst Schadensersatz verlangen“.

–ANZEIGE–

Personen mit koronarer Herzkrankheit gesucht!

Herz-App für mehr Sicherheit im Alltag

Mit der Vantis-Herz-App konnten Patienten in der ersten klinischen Studie ihren Blutdruck im Mittel um 15,5 mmHg verbessern. Das Ergebnis wird nun in einer großangelegten Studie weiter untersucht. Davon können Sie profitieren!

Studieninformation:

- Studiendauer: 25 Wochen, 3 Termine
- Ort: Studienzentrum Kaiserslautern, Leiter Professor Dr. Dr. Schirmer
- 50€ Aufwandsentschädigung

Jetzt 50€ sichern!

Wer kann mitmachen?
Erwachsene mit koronarer Herzkrankheit (KHK, z.B. Herzinfarkt, Stent, Bypass) sowie Bluthochdruck und Smartphone

Sie haben Interesse?

Informieren Sie sich jetzt unter www.vantis-khk.de/herzstudie-de
Tel.: 089 - 6931 4484 1

Oder QR-Code mit Handykamera scannen

VANTIS